

AK Tirol TIROLER ARBEITERZEITUNG

Österreichische Post AG | Postentgelt bar bezahlt | Verlagsort 6020 Innsbruck | RM 12A039146 K

ZEITUNG FÜR ARBEIT UND KONSUMENTENSCHUTZ DER KAMMER FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE FÜR TIROL

9. JG., JUNI 2017 | NR. 97

KOMMENTIERT
Kandidaten auf dem Prüfstand



AK Präsident Erwin Zangerl

Die Parteien erstellen derzeit die Kandidaten-Listen für die anstehenden Wahlgänge. Wirtschaft und Industrie haben viel Geld, ihre Favoriten in Stellung zu bringen. Unser Ziel ist es, möglichst viele Arbeitnehmervertreter auf allen Parteilisten zu verankern. Denn sie wissen am besten, wie es den Menschen im Land geht. Sie achten darauf, dass jene Gruppen, die finanziell noch in der Mitte stehen, nicht weiter abrutschen. Gleichzeitig treten sie für jene ein, die armutsgefährdet oder in wirklich bescheidenen Verhältnissen leben müssen. Deshalb ist es auch wichtig zu schauen, ob vorgeschlagene Kandidatinnen und Kandidaten im Sinne der Arbeitnehmer sozial aktiv waren und sind, etwa in Vereinen und Organisationen.

Es geht aber auch um die Frage, wie künftige Mandatäre mit dem Schüren von Neid, Hass und Hetze vor allem in den sozialen Netzen umgehen. Und es wird entscheidend sein, wie die einzelnen Kandidaten und ihre Parteien zur Arbeiterkammer als gesetzliche Interessenvertretung stehen. Denn jene Parteien und Politiker, die die AK abschaffen oder finanziell aushungern wollen, möchten nur die Rechte und den Schutz der Arbeitnehmer schwächen. Und dagegen werden wir uns im Sinne der Arbeitnehmer wehren!

Beschäftigte brauchen Zukunft

Neue „alte“ Werte. Stabilität, Verlässlichkeit: Es sind gerade traditionelle Werte, die verunsicherten jungen Menschen wichtig sind. Auch deshalb dürfen Sozialstaat, Solidarität und Interessenvertretungen nicht zum Spielball neoliberaler Kräfte werden.

Es ist eine schwierige Zeit, in der sich junge Menschen zurechtfinden sollen. Das bestätigen Experten, wie Mag. Bernhard Heinzlmaier vom Institut für Jugendkulturforschung. Er beklagt, „dass es kein Ankommen mehr in einer Sphäre der relativen Sicherheit gibt. Während die Menschen in den 70er Jahren wollten, dass es ihre Kinder einmal besser haben, sind heute viele überzeugt, dass ihre Kinder es einmal schlechter haben werden. Junge schauen skeptisch in die Zukunft. Die unbeschwertere Freude an dieser hat man ihnen genommen.“

Heinzlmaiers Einschätzung spiegelt sich in den jüngsten AK Studien wider. Schon mit der Schule kommen die ersten Enttäuschungen. Wer mit dem Stoff Probleme

hat, braucht Nachhilfe. Die können sich aber nicht alle Eltern leisten. Und weil es an schulischer Nachmittagsbetreuung und Förderunterricht mangelt, bleibt wohl so manches verkannte Genie im Verborgenen.

„Die AK fordert seit Jahren den Ausbau dieser Angebote“, betont AK Präsident Erwin Zangerl. „Mit unserer Nachhilfestudie liefern wir den Beweis: An Schulen mit Nachmittagsbetreuung sinkt der Nachhilfebedarf dramatisch (siehe Seite 11)!

Sichere Zukunft? Auch das Stimmungsbarometer der AK Tirol passt ins Bild: Befragt zu den Zukunftsthemen für die Landespolitik, nannten 65 % Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen (neben Transitverkehr und Flücht-

lingsproblematik). 64 % wünschen eine Senkung der Lebenshaltungskosten, 62 % mehr Wohnraum, 59 % sind Pensionen wichtig,

„Ohne AK und Gewerkschaften wären die Beschäftigten neoliberaler Willkür ausgeliefert.“

Erwin Zangerl, AK Präsident

56 % höhere Löhne und 55 % die Bildungspolitik. Und gerade in der Gruppe der 16- bis 29-Jährigen ist der Anteil jeweils hoch oder sogar überdurchschnittlich hoch!

„Hier zeigen sich ihre Nöte und Sorgen. Die Erwartungen der Jungen sind ja nicht unverschämt: Sie möchten einen Arbeitsplatz, eine Existenz gründen können, wohnen und ein wenig teilhaben am Wohlstand statt ständiger Unsicherheit“, so AK Präsident Zangerl.

„Auch deshalb dürfen wir den Weg des solidarischen Handelns nicht verlassen! Die Politik darf den Sozialstaat, die Sozialpartnerschaft und alle Errungenschaften zum Wohl der Beschäftigten nicht einfach zum Spielball neoliberaler Kräfte werden lassen. Deren Stoßrichtung ist klar. Ohne solidarische Sicherheit und ohne AK und Gewerkschaften als schlagkräftige Interessenvertretungen sind die Beschäftigten deren Willkür ausgeliefert.“

Mehr auf Seite 3



Foto: Asteier211/Fotolia.com

INFORMIERT. ELTERN. WERDEN
Infos für werdende Mamas & Papas

Mit einer Schwangerschaft ergeben sich viele Fragen. Antworten gibt es beim kostenlosen AK Infoabend „informiert.eltern.werden“ am Montag, 26. Juni, ab 18 Uhr in der AK Tirol in Innsbruck, Maximilianstraße 7. Über „Schwangerschaftsbegleitung“ informiert Hebamme Laura Jennewein. „Ein Kind verändert vieles“ erklärt Psychologin Mag. Robin Menges. Danach erläutert Dr. Martina Agreiter (AK Tirol) „Das Recht der Eltern am Arbeitsplatz“ und referiert anschließend zu „Kinderbetreuungsgeld NEU und Finanzielles rund um Geburt und Baby“. Anmeldung unter 0800/22 55 22 - 1645 oder eltern@ak-tirol.com

AUFGEFALLEN
Gute Betriebe, gute Mitarbeiter



Besonders viele Berufswechsler gibt es in der Gastronomie, so eine Studie der Statistik Austria. Nur acht Prozent der 25- bis 34-jährigen Beschäftigten in der Gastronomie bleiben länger als zwei Jahre auf einer Stelle, Saisonbeschäftigte schon herausgerechnet. Die AK meint: Gerade in der Gastronomie sind die Klagen über harte Arbeitsbedingungen und Arbeitsrechtsverstöße hoch. Hier sollten die Betriebe einiges verbessern. Bei gutem Arbeitsklima und fairer Bezahlung bleiben die Mitarbeiter. Und es gibt zahlreiche gute Betriebe, die auf ihre Mitarbeiter schauen – beim Arbeitsklima, den Arbeitszeiten und der Bezahlung. Also: Nachmachen statt jammern.

FERIENAKTION
Ab in den Urlaub: Restplatz sichern

Für Schnellentschlossene gibt es noch Restplätze bei der heiß begehrten AK Ferienaktion! Zur Auswahl stehen folgende Wochen mit Übernachtung:
9.7. - 15.7.: Tierischer Spaß (für 7- bis 11-Jährige, Ort der Woche: Tirol); **Bauernhofwoche** (10 - 14, 00)
16.7. - 22.7.: Theaterwoche (8 - 12, Tirol), **Erlebnis Unterland** (11 - 14, Tirol), **Rap!-Slam!-Perform!** (13 - 15, Tirol)
23.7. - 29.7.: Musikwoche (10 - 14, Tirol)
30.7. - 5.8.: Junge Uni (10 - 14, Tirol)



6.8. - 12.8.: Zirkus (7 - 12, Salzburg)
20.8. - 26.8.: Auf ins Grüne (7 - 11, Tirol), **Ferien auf der Burg** (7 - 11, Bayern), **Naturcamp** (11 - 14, 00)
27.8. - 2.9.: Bühnenstar (10 - 14, Kärnten), **Dance & Fun** (7 - 12, Salzburg).
Außerdem gibt es noch Plätze für die Woche **Fußball und Klettern für Anfänger** (ohne Übernachtung!) für 9- bis 12-Jährige.

Infos und Anmeldung unter der Hotline 0800/24 10 24. Mehr auf ak-tirol.com

Illustration: Plumadaquila/Fotolia.com

Kein Interesse an Abschaffung



Eine von der Arbeiterkammer Tirol in Auftrag gegebene Markt-Umfrage zeigt, dass deutlich mehr als die Hälfte aller Befragten (ab 16 Jahre) die Pflichtmitgliedschaft in der AK akzeptieren und unterstützen. Vor allem in der Gruppe der 16- bis 29-Jährigen ist dieser Wert mit 68 % sehr hoch. Wenig interessiert zeigen sich die Tiroler deshalb auch an der derzeitigen Diskussion über eine mögliche Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft: Nur 5 % verfolgen die Debatte intensiv, während 72 % wenig bis kein Interesse daran haben.

AK im absoluten Spitzenfeld



Nicht nur die Akzeptanz der Mitgliedschaft ist hoch, auch das Wissen darum. So geben nicht weniger als 82 % der Befragten an, dass sie über die automatische Mitgliedschaft Bescheid wissen, nur 17 % war dieser Umstand unbekannt. Die Wichtigkeit der AK zeigt sich auch bei der Frage, auf welche Organisation man nicht verzichten möchte: Hier liegt die AK im Spitzenfeld hinter Krankenkasse, Rotes Kreuz und Freiwilliger Feuerwehr. Bei der Frage, wer die besten Ideen für die Zukunft liefert, belegt die Arbeiterkammer Tirol sogar Platz 1.

FACTS AK – FÜR SIE DA

310.650 Einsätze für Mitglieder



Foto: AK Tirol

Ohne Kammer brennt der Hut

Hoher Preis. Immer wieder wird versucht, die AK zu beschneiden oder am besten ganz abzuschaffen. Draufzahlen würden die Arbeitnehmer, die plötzlich ohne Schutz wären.

Die Aussagen einiger neoliberaler Politiker lassen keinen Zweifel aufkommen und die Programme diverser Parteien bestätigen es: Die AK soll weg, die verpflichtenden Mitgliedsbeiträge abgeschafft werden. Dabei schreien gerade jene am lautesten nach einer Abschaffung, die vor Wahlen am innigsten um die Gunst der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer buhlen. Kein Wunder, stellen diese mit Abstand die größte Gruppe der Stimmberechtigten dar. Und man gaukelt ihnen vor, sich für sie einsetzen zu wollen, dabei bezweckt man genau das Gegenteil. Denn wenn man die Arbeiterkammer auf Eis legen will, wer soll dann für die Rechte der österreichweit mehr als 3,6 Millionen Arbeitnehmer eintreten? Wer soll die 2 Millionen Beratungen liefern? Die neoliberalen Polit-Experten werden es mit Sicherheit nicht sein und für die Beschäftigten würden schwere Zeiten anbrechen.

Düstere Vision. Doch bleiben wir in Tirol: Was würde ohne AK auf die 350.000 Mitglieder zukommen? Keine Beratung, keine Rechtshilfe, keine Unterstützung bei Problemen am Arbeitsplatz, beim Konsumentenschutz, beim Thema Wohnen oder Bildung. Tirols Arbeitnehmer würden um über 39 Millionen Euro



Foto: pressmaster/fotolia.com

Immer zur Stelle. Allein im Jahr 2016 half die AK Tirol bei 310.650 Beratungen.

umfallen, die die AK letztes Jahr für sie erkämpft hat. Ebenso wegfallen würden die 2,1 Millionen Euro, die im Zuge des Unterstützungsfonds oder der Aus- und Weiterbildungsbeihilfen direkt an die Mitglieder geflossen sind. Auch die Beratung in den Bezirken würde entfallen, genauso wie die Ferienaktion, die jährlich hunderten Kindern und Jugendlichen eine sorglose Zeit beschert. Es gäbe keine Lohnsteuerreform, kein Fachkräftestipendium oder Verbesserungen beim Lohn- und Sozialdumping und auch bei der heiß diskutierten Arbeitszeitflexibilisierung würde über die Beschäftigten einfach drübergefahren. Dabei ist die Pflichtmitgliedschaft den Arbeitnehmern kein Dorn im Auge, wie eine Umfrage beweist (s. oben), auch der Beitrag von durchschnittlich lediglich 7 Euro im Monat stört nicht. All das sind nur vorgeschobene Argumente von jenen, die die Rechte der Arbeitnehmer am besten ganz aufheben wollen.

Doch die AK wird sich weiter für Solidarität einsetzen – sie ist der Garant für Schutz und Sicherheit. Denn auch für den, der die Leistungen der AK bisher nicht in Anspruch nehmen musste, ist es beruhigend zu wissen, dass es eine Anlaufstelle gibt, die hilft, wenn die Dinge schief laufen. Und das kann heute oft schneller gehen, als einem lieb ist.

Die Bilanz der AK Tirol für 2016 kann sich sehen lassen und spiegelt wider, was den mehr als 350.000 Tiroler Beschäftigten im Alltag so alles widerfährt. Täglich finden in der AK Tirol im Schnitt 1.300 Beratungen in Innsbruck und in den Bezirken statt. Das ergab im letzten Jahr die Summe von insgesamt 310.650 Beratungen!

Leider bedurfte es auch im abgelaufenen Jahr wieder in tausenden Fällen einer Intervention durch die AK Experten oder des Rechtsschutzes für die Klage bei Gericht, damit AK Mitgliedern zu ihrem Recht verholfen werden konnte. Unterm Strich erkämpfte die AK Tirol 2016 rund 39 Millionen Euro für Betroffene. Ganz zu schweigen von den zig Millionen Euro, die sich die Mitglieder durch vorbeugende Beratung und Information erspart haben.

Rund ein Drittel der 310.650 Beratungen, nämlich 99.760, betraf das Arbeitsrecht, 57.570 entfielen auf den Konsumentenschutz, weitere 46.850 auf das Sozialrecht, 18.470 auf das Miet- und Wohnrecht und weitere 22.900 auf Wirtschafts- und Steuerfragen. 18.480 Beratungen wurden im Betriebsservice geleistet, rund 12.810 in Lehrlings- und Jugendfragen, weitere 14.920 Anfragen drehten sich um die Aus- und Weiterbildung. Mehr als 8.000 Beratungen betrafen persönliche Schicksalsschläge, die im AK Unterstützungsfonds betreut werden. Diese Zahl hat sich innerhalb von zehn Jahren um mehr als ein Drittel erhöht!

Weitere Details zur Leistungsbilanz finden Sie auf den Seiten 6 + 7.

AK KONTAKTOFFENSIVE

Noch näher zu AK Mitgliedern

Die AK wurde auch 2016 regelrecht gestürmt, weil sie die gesellschaftspolitischen Erfordernisse erkennt und ihr Angebot für Mitglieder entsprechend anpasst und erweitert. Die AK geht dorthin, wo sie gebraucht wird. Das sind neben der Innsbrucker Zentrale die acht Bezirkskammern. Sie haben sich zu den wichtigsten regionalen Schutzhäusern entwickelt. Mit der AK Kontaktoffensive, die in den letzten Jahren regelmäßig durchgeführt und auch heuer weitergeführt wird, lernen tausende Mitglieder AK Funktionäre und AK Mitarbeiter persönlich kennen. Dabei handelt es sich um öffentlich zugängliche Arbeitnehmertreffen auf größeren Plätzen in den Bezirken. Beim AK Mitgliederfest kann man sich über das vielfältige Angebot der AK informieren, miteinander diskutieren und feiern.

TIPP: Das nächste AK Arbeitnehmerfest findet am Sa. 8. Juli ab 10 Uhr vor dem Inntalcenter in Telfs statt. Der Eintritt für alle AK Mitglieder und Angehörige ist frei!

NEOS jagen jetzt Konsumenten

Planlos. Nach den Angriffen auf Arbeiterkammer und Arbeitnehmer wollen die NEOS nun den AK Konsumentenschutz abschaffen. Damit würden Hunderttausende um ihre Rechte gebracht.

Nicht nur, dass sie gerne die Rechte der Arbeitnehmer schwächen wollen, nun gehen die NEOS auch generell gegen Konsumenten vor: Geht es nach den neoliberalen „Denkern“, kann auf den Konsumentenschutz der AK verzichtet werden. Damit wäre aber nicht nur Abzockern und Schwindlern Tür und Tor geöffnet, sondern es würden österreichweit hunderttausende um Hilfe und Beratung umfallen. Denn der AK Konsumentenschutz ist eine Anlaufstelle, die auch den kleinen Leuten rasch und unbürokratisch hilft.

Planlos. Immer mehr erinnert das unreflektierte „Draufhauen“ von NEOS-Funktionären an die Gesundheitspolitik des US-Präsidenten, der die Schwachen der Gesellschaft

ihres Schutzes berauben will. Apropos Schutz: Die Experten der AK berieten vergangenes Jahr allein in Tirol 57.570 Konsumenten, intervenierten in 2.450 Fällen außergerichtlich und erkämpften über 1,7 Millionen Euro. Für NEOS alles scheinbar unnötig: Konsumentenschutz, Arbeitnehmerschutz, Mieterschutz – am besten alles abschaffen. Und dabei vergisst NEOS-Chef Matthias Strolz scheinbar auf seinen persönlichen Werdegang, der nach eigenen Aussagen nur mit Hilfe einer solidarischen Gesellschaft möglich gewesen ist. Nicht umsonst bedankt sich Strolz in seiner Diplomarbeit bei den



Bürgerinnen und Bürgern der Republik, die ihm durch Stipendien ein Studium ermöglicht haben. Doch was für NEOS gilt, soll für andere eben nicht gelten. Dass etwa die AK Tirol junge Menschen mit Aus- und Weiterbildungsbeihilfen in Millionenhöhe unterstützt, hört man nicht von ihnen. Auch nicht, dass die AK Schülern günstige Nachhilfe ermöglicht oder sie mit zahlreichen Veranstaltungen auf das (Arbeits-)Leben vorbereitet. Was man zu hören bekommt, sind antike Zitate wie: „Zum Glück brauchst du Freiheit, zur Freiheit brauchst du Mut“.

Was es aber noch braucht, ist eine Beschäftigung, ein Einkommen, von dem man leben kann oder die Möglichkeit, eine ordentliche Ausbildung zu machen. Für all das setzen sich die Arbeiterkammern seit mehr als 70 Jahren ein. Und sie kämpfen für die Rechte der Arbeitnehmer, für die Rechte von Konsumenten, für Chancengleichheit und eine solidarische Gesellschaft.

„Wer gegen die Arbeiterkammern ist, ist gegen Solidarität und gegen die 3,6 Millionen Arbeitnehmer in Österreich mit ihren Familien. Deshalb wollen wir eine klare Aussage aller Parteien, wie sie zur AK stehen und ob sie sich für die Rechte der Arbeitnehmer und Konsumenten einsetzen wollen oder nicht“, stellt AK Präsident Erwin Zangerl klar (siehe rechts).

AKUT + PLUS-MINUS

Wie stehen die Parteien zur AK?

Vor der NR-Wahl werden die einzelnen Parteien den Beweis antreten müssen, wie sie zur Arbeiterkammer stehen. AK-Präsident Erwin Zangerl: „Wir werden die Spitzenvertreterinnen und -vertreter aller kandidierenden Parteien öffentlich auffordern, ihre Haltung und Einstellung zur Arbeiterkammer als der in der Verfassung verankerten gesetzlichen Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bekanntzugeben. Und was für die Wähler aus dem Arbeitnehmerlager besonders wichtig ist: Wie stehen die Parteien zur AK und der solidarischen Pflichtmitgliedschaft von 0,5 %? Auch hier sind aus neoliberalen und freiheitlichen Kreisen Forderungen nach Abschaffung der Kammer bzw. Kürzung der Beiträge zu hören. Dabei wissen die Arbeitnehmer ganz genau: Wer die AK schwächen will, will die Rechte und den Schutz der Beschäftigten schwächen.“

Es heißt Farbe bekennen

Im Gespräch. Vor der Nationalratswahl im Herbst müssen die Parteien Farbe bekennen, wie sie zu den Anliegen der Arbeitnehmer stehen, sagt Präsident Zangerl.

TAZ: Herr Präsident, am 15. Oktober soll die vorgezogene Nationalratswahl stattfinden. Wird jetzt alles anders und besser?

Zangerl: Die um ein Jahr vorgezogene Neuwahl auf Bundesebene ist keine wirkliche Überraschung mehr. Statt zusammenzuarbeiten, haben maßgebliche Kreise in den Parteien alles unternommen, um die Koalition zum Platzen zu bringen. Ich bin skeptisch, ob Wahlen die erhoffte Wende zu mehr konstruktiver Zusammenarbeit bringen werden. Die Parteien verlieren noch stärker an Glaubwürdigkeit,

wenn sie weiter keinen gemeinsamen Nenner finden und auf die Sorgen der Bürger eingehen.

TAZ: Welche Forderungen stellen Sie in der beginnenden Wahlausinandersetzung an die Parteien?

Zangerl: Für die Parteien heißt es jetzt Farbe bekennen. Wie halten sie es mit den Arbeitnehmern als größte Wählergruppe des Landes? Wie stehen die einzelnen Parteien zu den elementaren Fragen, die die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betreffen? Wie zu Kollektivverträgen, zum Mindestlohn, zur Arbeitszeitflexibilisierung, zur Beschneidung wichtiger Arbeitnehmerrechte und Schutzbestimmungen? Wie zu So-

zieldumping und Lohnabbau? Wie zu Ausländerbeschäftigung und weiterer Liberalisierung des Arbeitsmarktes? Welche Positionen vertreten sie? Gerade in letzter Zeit haben ja einige Proponenten lautstark Sozialabbau, Pensionsverschlechterungen, Einschnitte bei Notstandshilfe und Arbeitslosengeld und den Zumutbarkeitsbestimmungen gefordert.

TAZ: Hat die Politik die Lebensrealität der Menschen aus den Augen verloren?

Zangerl: Viele maßgebliche Politiker sind nicht mehr bereit, die Sorgen und Probleme der Arbeitnehmer wahrzunehmen und entsprechende Maßnahmen zu setzen. Es ist halt leichter, Fotos zu posten, als eine öko-soziale Gesinnung zu vertreten. Unsere Demokratie lebt von Frieden, Freiheit, Wohlstand und Sicherheit. Das zeichnet unser Land aus und das sollte der Leitgedanke unserer politischen Vertreter sein. Unsere Gesellschaft braucht Beständigkeit und Verlässlichkeit. Egoismus und Ellenbogenmentalität sind Gift für jede Gemeinschaft. Nicht umsonst warne ich nachdrücklich vor neoliberalen Strömungen, die sich in einigen politischen Parteien zunehmend breit machen. Die Vertreter dieser Denkweise sind die Totengräber unserer solidarischen Gesellschaft. Vor allem aus wirtschaftsliberalen Kreisen der Industrie rund um IV-Präsident Kapsch werden wichtige Einrichtungen unserer sozialen Marktwirtschaft in Frage gestellt und Verschlechterungen verlangt.

TAZ: Wo sehen Sie die Unterschiede zu einer ehrlichen Interessenpolitik, wie jener in der AK?
Zangerl: Als Interessenvertretung der größten Gruppe in Österreich mit mehr als 3,6 Millionen Arbeitnehmern und deren Familien, ist unser Ansatz ein gesellschaftspolitischer, geprägt von einer ökosozialen Werthaltung. Wir bekennen uns zum Sozialstaat. Statt ihn auszuhöhlen, gehört er noch stabiler gemacht, etwa im Bereich der Pflegeabsicherung. Wir wollen hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit und zur Teilhabe möglichst aller am gemeinsamen Wohlstand. Das bedingt auch unseren besonderen Einsatz für die Schwächeren in unserer Gesellschaft: Arbeitnehmer, die auf ihre Beschäftigung und ihr Einkommen angewiesen sind, Kinder und Jugendliche, Ältere, Kranke und Pflegebedürftige, Alleinerziehende, Pensionisten und Arbeitsuchende.

Was mich aber positiv stimmt, ist eine neue solidarische Haltung der jungen Menschen. Sie fühlen sich zunehmend alleingelassen mit ihren Nöten und Sorgen. Gerade bei ihnen ist der Wunsch nach mehr Gemeinsamkeit und Verlässlichkeit wieder sehr stark. Und das lässt hoffen für eine gute Zukunft in unserem Land.

„Fotos zu posten ist leichter, als eine öko-soziale Gesinnung zu vertreten!“

Erwin Zangerl, AK-Präsident

TAZ: Hat die Politik die Lebensrealität der Menschen aus den Augen verloren?

Zangerl: Viele maßgebliche Politiker sind nicht mehr bereit, die Sorgen und Probleme der Arbeitnehmer wahrzunehmen und entsprechende Maßnahmen zu setzen. Es ist halt leichter, Fotos zu posten, als eine öko-soziale Gesinnung zu vertreten. Unsere Demokratie lebt von Frieden,

Freiheit, Wohlstand und Sicherheit. Das zeichnet unser Land aus und das sollte der Leitgedanke unserer politischen Vertreter sein. Unsere Gesellschaft braucht Beständigkeit und Verlässlichkeit. Egoismus und Ellenbogenmentalität sind Gift für jede Gemeinschaft. Nicht umsonst warne ich nachdrücklich vor neoliberalen Strömungen, die sich in einigen politischen Parteien zunehmend breit machen. Die Vertreter dieser Denkweise sind die Totengräber unserer solidarischen Gesellschaft. Vor allem aus wirtschaftsliberalen Kreisen der Industrie rund um IV-Präsident Kapsch werden wichtige Einrichtungen unserer sozialen Marktwirtschaft in Frage gestellt und Verschlechterungen verlangt.

EINFACH GEWINNEN MIT DER AZ



ZUCCHERO AUF „BLACK CAT“-TOUR

Vater des Italo-Blues spielt auf

Auch wenn das poppige „Senza una donna“ zu seinen größten internationalen Ohrwürmern zählt, ist Zucchero in seinem Herzen ein Multi-Kulti-Musiker. So setzte er 2012 mit seinem Album „La Sesión Cubana“ auf Einflüsse aus Latin, Tex Mex und Mexicali und erfüllte sich einen lang gehegten Wunsch, indem er die Songs auf Kuba aufnahm. Doch immer wieder kehrt Zucchero zu seiner wahren Leidenschaft zurück – dem Blues. So spielte er in seiner bereits über drei Jahrzehnte andauernden Karriere nicht nur mit Künstlern wie Luciano Pava-

rotti, Sting oder Eric Clapton, sondern auch mit legendären Soul- und Bluesmusikern wie John Lee Hooker, Solomon Burke und Ray Charles, der ihm folgendes Kompliment verpasste: „Zucchero ist einer der besten Blues-Musiker der Welt.“

Wer den italienischen Ausnahmekünstler und seine Hits wie „Senza Una Donna“, „Baila“, „Cosi Celeste“, „Cuba Libre“, „Everybody's got to learn sometime“, „Diavolo in me“, „Il Volo“, „Miserere“ oder „Diamante“ live erleben will, sollte auf jeden Fall beim AZ Gewinnspiel mitmachen (siehe re!). Im Zuge seiner „Black Cat World Tour“ spielt Zucchero nämlich am 6. Juli ab 20 Uhr auf der Festung Kufstein (Einlass ab 19 Uhr!).

Weitere Infos unter lindnermusic.at

OPERETTENSOMMER

Zigeunerbaron

Bereits seit einem Jahrzehnt wird die Festung Kufstein verzaubert von künstlerischer Leidenschaft, bekannten und beliebten Klängen, mitreißenden Inszenierungen, einer großen Dosis allumfassenden Talents und wahren Herzblutes. In diesem Sinne steht von 28. Juli bis 13. August 2017 die Operette „Der Zigeunerbaron“ von Johann Strauss auf dem Spielplan. Spielen Sie mit (siehe re.) und gewinnen Sie mit etwas Glück zwei Karten für die Vorstellung am Freitag, 11. August, ab 20 Uhr und genießen Sie mit der Tiroler Arbeiterzeitung die weltberühmte Operette in der atemberaubenden Kulisse der Festung Kufstein.

Mitmachen & gewinnen.

Wenn Sie Karten für eine der Veranstaltungen gewinnen wollen, mailen Sie an ak@tirol.com, schicken ein Fax an 0512/5340 - 1290 oder schreiben an AK Tirol, Maximilianstraße 7, 6020 Innsbruck, Stichwort: „Zucchero“ oder „Zigeunerbaron“ (Einsendeschluss 26.6.2017). Name, Adresse und Telefonnummer nicht vergessen.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen, keine Barablässe möglich.

FACTS GUT ZU WISSEN

Hilfe bei Pension und Pflegegeld



Foto: contrastwerkstatt/Fotolia.com

Auch beim Älterwerden und den Problemen am Berufsende steht die AK ihren Mitgliedern zur Seite: Da werden Unterstützung und Hilfe großgeschrieben. Vom Arbeitsleben in den wohlverdienten Ruhestand zu treten, ist für viele Beschäftigte schwer genug. Dabei helfen die Sozialrechtsexperten der AK mit Beratung, Information und kostenloser Vertretung vor Gericht.

Immerhin bei 2.148 Verfahren standen die AK Juristen im Jahr 2016 zur Seite. Insgesamt führten die AK Sozialrechtsexperten 46.850 Beratungen für die AK Mitglieder durch und erkämpften mehr als 24,8 Millionen Euro für die Mitglieder.

Neben der Pension ist ein wichtiger Bereich das Pflegegeld. Denn nicht immer werden die Pflegebedürftigen richtig eingestuft. Weitere große Beratungsbereiche betreffen die Anerkennung von Schwerarbeitszeiten sowie Fragen zur Ausgleichszulage und zum Arbeitslosengeld. Einen Schwerpunkt stellen die Information und Hilfe zum Kinderbetreuungsgeld und zum Wochengeld dar. Immer wichtiger sind auch die Auskünfte zur Mindestsicherung und den Heimkosten. Infos unter Tel. 0800/22 55 22 -1616.

Wussten Sie, dass... die AK Tirol für ihre Mitglieder im Jahr 2016 im Sozialrecht über 24,8 Millionen Euro erkämpft hat?

HANDLICHER FALTER

Wichtige Werte im Überblick

Wissen Sie, wie hoch die Rezeptgebühr derzeit ist? Oder unter welchen Voraussetzungen Sie davon befreit werden können? Die Experten der AK Tirol haben im handlichen Falter „Wichtige sozialrechtliche Bestimmungen 2017“ viele aktuelle Werte zusammengefasst. Hier finden Sie Informationen von der Ausgleichszulage bis zur Rezeptgebühr und haben alle Neuerungen bei Selbsthalten, Einkommensgrenzen etc. gleich zur Hand. Lesen Sie außerdem alles zu Höchstbeitragsgrundlagen für Pensions-, Unfall-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung, Familienbeihilfe, zu den Varianten beim Kinderbetreuungsgeld oder über das neue Kinderbetreuungsgeldkonto. Der Falter „Wichtige sozialrechtliche Bestimmungen 2017“ kann kostenlos angefordert werden unter 0800/22 55 22 - 1631 und steht auf www.ak-tirol.com bereit.

Vielfalt statt Einfalt

Analyse. Warum die Debatte um die Struktur der Sozialversicherung falsch geführt wird und warum Qualität statt Quantität im Vordergrund stehen muss.



Bauen auf regionale Stärke: TGKK-Obmann Werner Salzburger (li.) und TGKK-Direktor Dr. Arno Melitopoulos.

Insbesondere die in der Region lebenden Vertreter von Dienstnehmer und -geber tragen nachhaltig zur Versorgung bei: Sie wissen um regionale Gegebenheiten und die konkreten Bedürfnisse – das ist bei der Gesundheitsplanung wesentlich. Bei einem bundesweit vereinheitlichten System wäre für regionale Besonderheiten kein Platz mehr. Ein Einheitsträger bedeutet auch eine Reduktion, wenn nicht das Ende der Mitbestimmung der Tiroler Beitragszahler und damit der Tiroler Bevölkerung – maßgeschneiderte, lokale Lösungen wären nicht mehr möglich.

„Ein Einheitsträger kann das Ende der Mitbestimmung der Tiroler Bevölkerung bedeuten.“

Werner Salzburger, Obmann TGKK

Seit einigen Monaten wird diskutiert, ob es zu viele Krankenversicherungsträger gibt. TGKK-Direktor Dr. Arno Melitopoulos hat dazu wichtige Fakten parat. Bei allen Beiträgen zu dieser Diskussion fehlt die entscheidende Perspektive: Nicht die Frage nach der Struktur und der Anzahl der Träger löst Probleme wie unbesetzte Arztstellen, Wartezeiten oder finanzielle Engpässe. Es muss darum gehen, die Versorgung der Bevölkerung abzusichern und weiter zu verbessern. Der Erfolg ist daran zu messen, ob sich letztlich „mehr Gesundheit“, mehr gesunde Lebensjahre und eine höhere Zufriedenheit der Bevölkerung ergeben.

Faire soziale Krankenversicherung

Ist ein System gerecht, in dem ausgewählte Berufsgruppen wie

Selbstständige oder Beamte eigene Risikosysteme mit geringeren Versicherungsrisiken und höheren Einnahmen bilden können? Oder ist es gerecht, dass die ohnedies belastete Risikogemeinschaft aller Arbeiter und Angestellten all jene Personengruppen mittragen muss, die ein besonderes Risiko darstellen – wie etwa Arbeitslose, Mindestsicherungsbezieher oder Asylwerber?

Die österreichische Krankenversicherungslandschaft gliedert sich in neun Gebietskrankenkassen mit insgesamt 7,1 Millionen Versicherten, vier Sondersicherungsträgern, nämlich für Beamte (BVA), Selbstständige (SVA), Bauern (SVB) und Eisenbahner (VAEB) mit gesamt 2,17 Millionen Versicherten sowie fünf Betriebskrankenkassen, wo knapp 51.000 Personen versichert sind. Dazu kommen 17 Krankenfürsorgeanstalten, in Tirol bekannt als KUF für Landeslehrer, Lan-

des- und Gemeindebedienstete, die somit keine Sozialversicherungsträger sind und dem Land zuzuordnen sind. Um die effektive Nutzung der eingesetzten Finanzmittel für die Sozialversicherung zu prüfen, hat die Bundesregierung im Juli 2016 eine Effizienzstudie in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse in Kürze vorliegen sollen.

Regionalität als Stärke

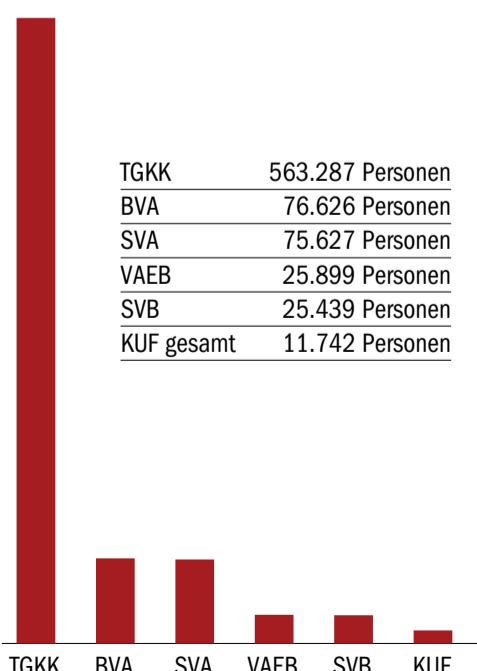
Gebietskrankenkassen sind bei der Sicherung der Versorgung im Bundesland von höchster Bedeutung. Die Gelder der Kassen sind fixe Budgetgrößen und tragen maßgeblich zum Erhalt des regionalen Gesundheitswesens, also Krankenhäuser, Ärzte, Therapeuten, Rettung, Notarzt-Hubschrauber etc. bei. Wer in einem Bundesland für fast 80 % der Menschen sorgt, hat ebenfalls eine Verantwortung für die Systemerhaltung und -entwicklung.

Auf Kosten der Versicherten

Letztlich ist entscheidend was für die Patienten erreicht wird. Strukturdebatten haben nur dann ihre Berechtigung, wenn sie die Absicht haben, Versorgung, Qualität, gesunde Lebensjahre und letztlich die Zufriedenheit der Bevölkerung zu verbessern. Unabhängig von der gewählten Struktur: Eine ziel- und ergebnisorientierte Steuerung über Messgrößen und Zielwerte ist das effektivere Instrument.

Unter Berücksichtigung von regionalen Bedürfnissen ist eine kostenoptimale, bedarfsgerechte und rasche Lösung der Herausforderungen möglich. Eine von Einzelnen angedachte Zusammenlegung würde eine riesige Krankenkasse mit 7,1 Millionen Versicherten und einem Budget von 13,3 Milliarden Euro ergeben – jedoch auf Kosten der Versicherten.

GRAFIK TIROLER KASSENLANDSCHAFT



Soziale Krankenversicherung im Vergleich

	Österreich	Deutschland	Schweiz
Versicherungsart	Pflichtversicherung	Versicherungspflicht	Versicherungspflicht
Finanzierung	Beiträge (hauptsächlich)	Beiträge (hauptsächlich)	Beiträge (hauptsächlich)
Krankenversicherung-Beitragssatz	7,65 %	14,6 % (inkl. 100% Spitalskosten)	nach Kasse & Kanton unterschiedlich
Anspruchsberechtigte	8,4 Mio.	70,3 Mio.	8,1 Mio.
Anzahl KV-Träger	18 (davon 5 BKK)	132	60
durchschnittliche Anspruchsberechtigte (pro KV-Träger)	442.000	532.000	136.000
Einnahmen	17.200 Mio. €	204.240 Mio. €	23.372 Mio. €
Verwaltungsaufwand	460 Mio. €	10.013 Mrd. €	1.160 Mrd. €
Verwaltungskosten in % der Einnahmen	2,74 %	4,90 %	4,97 %
Verwaltungspersonal	7.934	131.958	13.149

AK SCHWAZ

Mein Kind in der Lehre

Nicht nur in arbeitsrechtlichen Fragen, sondern auch bei Bildungsthemen ist die AK Tirol ein verlässlicher Partner: Damit Sie als Eltern Ihr Kind bei der Ausbildung bestmöglich unterstützen können, präsentieren Ihnen die Experten der Jugendabteilung am Donnerstag, 22. Juni, ab 19 Uhr in der AK Schwaz, Münchner Straße 20, die wichtigsten Informationen zur Lehrlingsausbildung: Rechte und Pflichten aus dem Lehrverhältnis, Eltern als Partner im Lehrverhältnis oder wie Lehre zum beruflichen Erfolg führt. Ebenso erhalten Sie Informationen was bei Schwierigkeiten während der Ausbildung zu tun ist und welche Förderungen und Unterstützungen Sie in Anspruch nehmen können. Gleich anmelden unter 0800/22 55 22 – 3737 oder schwaz@ak-tirol.com



Online ins Finanz-Chaos

Schock-Rechnung. Das Online-Spiel eines Elfjährigen brachte eine Tiroler Familie in arge finanzielle Notlage. Nach Intervention der AK Tirol wurden die entstandenen Kosten rückerstattet!

Der Schock beim Betrachten der Mobilfunkrechnung war enorm: Insgesamt fast 1.500 Euro hatte der Telefonprovider Herrn Ullrich (Name von der Red. geändert) für „Partnerdienstleistungen“ verrechnet und gleich vom Girokonto eingezogen. Plötzlich war das Bankkonto im Minus und Geld, das die Familie dringend zum Leben brauchte, fehlte mit einem Mal.

Schuld daran waren Online-Spiele, für die der elfjährige Sohn immer wieder Spielguthaben gekauft hatte, ohne zu realisieren, welche Kosten hier entstehen. Im Shop seines Mobilfunkproviders Drei sperrte man auf Bitte Herrn Ullrichs dann zwar bereitwillig den Handyanschluss für entsprechende Mehrwertdienste, hinsichtlich der bereits entstandenen Kosten zeigte man sich aber weniger kooperativ: Diese wären eben zu zahlen. Auch

in der Hotline wurde Ullrich abgepeist.

Verzweifelt wandte sich der Familienvater auf Anraten seines Providers nun direkt an den Google Playstore Support und den Diensteanbieter „Supercell“, dessen Spiele „Clash Royale“ und „Clash of Clans“ sein Sohn am Handy gespielt hatte. Die Geburtsurkunde des Minderjährigen wurde übermittelt und um Ausbuchung ersucht. Nur ein Teil könne rückerstattet werden, ließ Google Playstore daraufhin lapidar verlauten, der Rest sei zu bezahlen.

Auch dass die Eltern sich beim Provider vielmals entschuldigten und auf ihre finanzielle Notlage hinwiesen, half nichts – Google und Drei blieben hart.

AK Tirol greift ein. Nachdem die Familie nicht mehr weiterwusste, kontaktierte sie die AK. Die Kon-

sumentenschützer intervenierten umgehend bei Drei. Das Unternehmen wurde auf seine nebenvertraglichen Pflichten sowie die mangelnde Geschäftsfähigkeit im konkreten Fall hingewiesen. Gleichzeitig wurde ein Verfahren vor der Regulierungsbehörde eingeleitet. Drei lenkte daraufhin ein. Ergebnis: Die Zusage der Rückbuchung des gesamten verrechneten Betrages!

Hilfe

Bei Problemen und Fragen erreichen Sie die den Konsumentenschutz der AK Tirol unter der kostenlosen Hotline 0800/22 55 22 – 1818.



VORSICHT: ONLINE-SPIELE So reagieren Sie richtig!

Sprechen Sie mit Ihrem Kind darüber, dass Online-Spiele nur manchmal bzw. am Anfang kostenlos sind, dass aber das Ziel der Unternehmen ist, Geld zu verdienen, und dass solche Spiele oft sehr teuer werden können.

- Wenn verhindert werden soll, dass Kosten entstehen, dann lassen Sie bei Ihrem Mobilfunkanbieter sämtliche Dienste sperren. Das ist kostenlos möglich.
- Denken Sie an die Möglichkeit, Gutscheinkarten für Online-Spiele zu kaufen. Dann ist der Maximalbetrag begrenzt.
- Kinder und Jugendliche ohne entsprechendes Einkommen können ohne Zustimmung der Erziehungsberechtigten keine wirksamen kostenpflichtigen Verträge schließen, also auch bei Onlinespielen nicht. Wenn Sie daher solche Kosten auf der Telefonrechnung entdecken, dann erheben Sie bei Ihrem Mobilfunkanbieter schnell schriftlich Einspruch.

MEINUNG

Deshalb ist die AK so wertvoll

Die Menschen brauchen die AK mehr denn je, meint Jugendforscher Mag. Bernhard Heinzlmaier, der sich im Dossier „Generation Supercool“ mit den Problemen junger Menschen befasst. Heinzlmaier: „Die klassische Erwerbsbiografie ist vorbei. Man kann sich nicht mehr darauf verlassen, dass man in seinem erlernten Beruf auch in Pension gehen kann. Zudem wird der Einstieg in den Arbeitsmarkt für Junge immer schwieriger. Hier kann die AK vielfältig helfen: Als Anlaufstelle mit Beratung und mit Unterstützung. Und sie kann den bedenklichen Zuwachs bei Teilzeit- bzw. Niedriglohn-Beschäftigung auf politischer Ebene thematisieren.“ Das Dossier „Generation Supercool: Empathielosigkeit und soziale Kälte unter Jugendlichen – eine Konsequenz der Konkurrenzgesellschaft?“ gibts auf www.jugendkultur.at

Digitalisierte Kindheit

Studie. In Deutschland wurden die Auswirkungen auf die Gesundheit untersucht – mit dramatischen Details. Eine Studie aus Oberösterreich zeigt, wie vernetzt Kinder sind.

Die digitale Welt hat längst in den Kinderzimmern Einzug gehalten. Kleinkinder bedienen schon wie selbstverständlich Touchscreens und können sich mit ihren Lieblingsvideos auf YouTube beschäftigen.

Deshalb sind mögliche Auswirkungen und Gefahren der Digitalisierung auch Gegenstand so mancher Studie. Aus welchem Blickwinkel diese aber auch immer beleuchtet werden, ein Fazit lautet stets: Der richtige Umgang mit digitalen Medien muss früh geübt werden. Kinder und Jugendliche müssen lernen, von deren Vorteilen zu profitieren, ohne dabei auf das

reale Leben mit Freunden und Familie zu vergessen!

Für Aufsehen sorgte etwa in Deutschland vor wenigen Wochen die BLIKK-Medienstudie 2017, für die in Kinder- und Jugendarztpraxen Eltern von 5573 Kindern sowie Jugendliche befragt wurden. Kritiker sprechen zwar von Momentaufnahmen, die aber laut den Verantwortlichen gerade so außergewöhnliche Ergebnisse liefern. Von Fütter- und Einschlafstörungen bei Babys ist da die Rede (wenn



Eltern gleichzeitig digitale Medien nutzen), von Sprachentwicklungsstörungen bei Kleinkindern sowie motorischer Hyperaktivität und Konzentrationsproblemen bei den 8- bis 13-Jährigen. Die Auffälligkeiten seien umso ausgeprägter, je

höher der Medienkonsum ist. Einen Blick in die heimischen Kinderzimmer gewährt eine Marktstudie in OÖ: 98 % der Kinder lebten in einem Haushalt mit Internetanschluss. 40 % der 6- bis 10-Jährigen besaßen ein eigenes Handy und immerhin 14 % der 3- bis 5-Jährigen. Von 2014 bis 2016 stieg der Anteil der Haushalte, in denen ein Tablet vorhanden war, von 35 auf 57 %. Allerdings vereinbarten 73 % der Eltern feste Spielregeln, wie Zeitlimits und Verbote für Online-Einkäufe oder die Weitergabe persönlicher Daten.

Mehr auf stiftung-kind-und-jugend.de und edugroup.at

DAS LEISTET DEINE



DATEN & ZAHLEN 2016 ZU DEN LEISTUNGEN & ERFOLGEN

Sie haben Rechte.
Wir helfen, dass Sie auch
zu Ihrem Recht kommen!

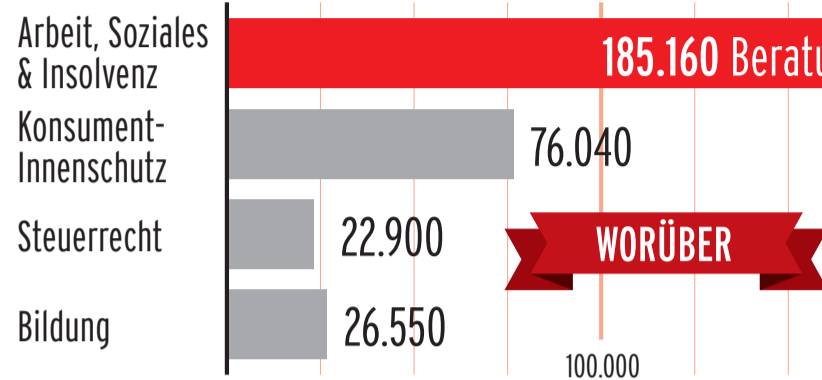
tirol.arbeiterkammer.at

GERECHTIGKEIT MUSS SEIN



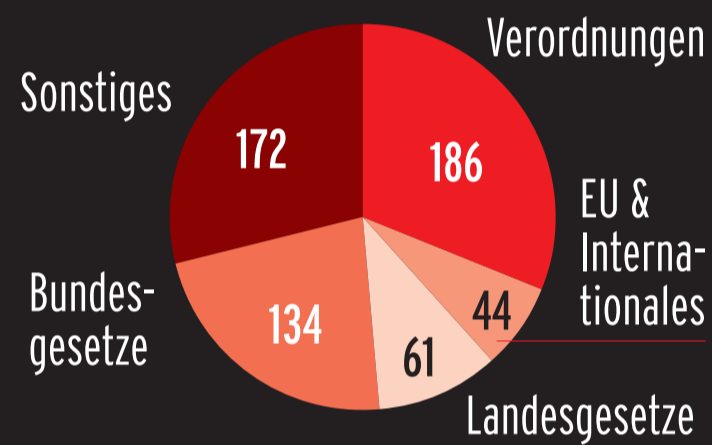
310.650

gab es dieses Jahr von den Experten für



597

Begutachtungen
von Verordnungen und Gesetzen



2.625

Bildungsförderungen



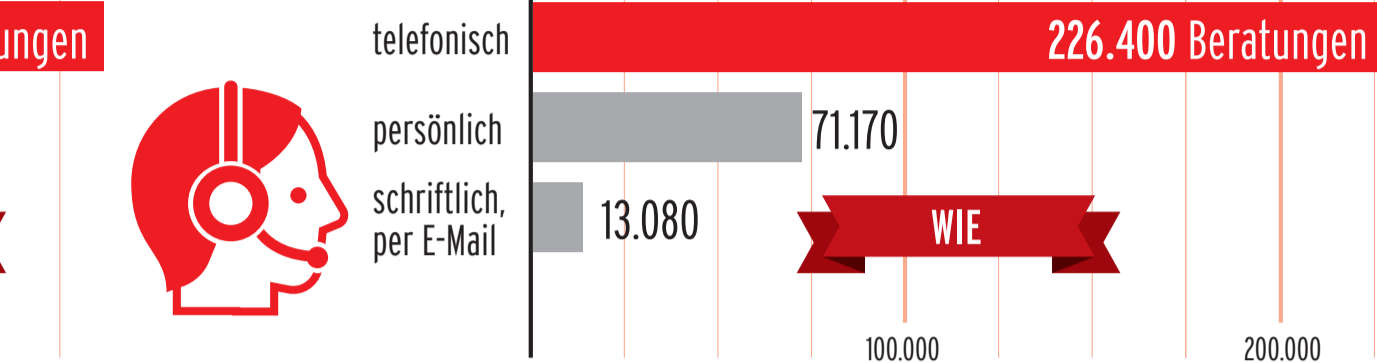
Ausbezahlt wurden: 1,607.295 €

39 Million

... nach Pleiten (Insolvenzrecht),
bei Problemen am Arbeitsplatz,
in Pensionsfragen (Sozialrecht),
in Steuerfragen und für
KonsumentInnen herausgeholt.

Beratungen

für unsere Mitglieder. Hier die wichtigsten Themen & Beratungsarten:



315 Mitarbeiter
stehen mit Rat und Tat zur Seite.

Das entspricht ca. 1120 Mitgliedern pro AK Mitarbeiter.



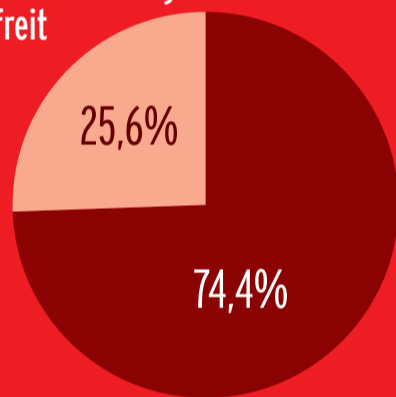
www.studioback.at

352.190

MITGLIEDER vertreten wir Tag für Tag!

AK-BEITRAG

90.070
sind vom Beitrag befreit



262.120
zahlen Mitgliedsbeitrag*

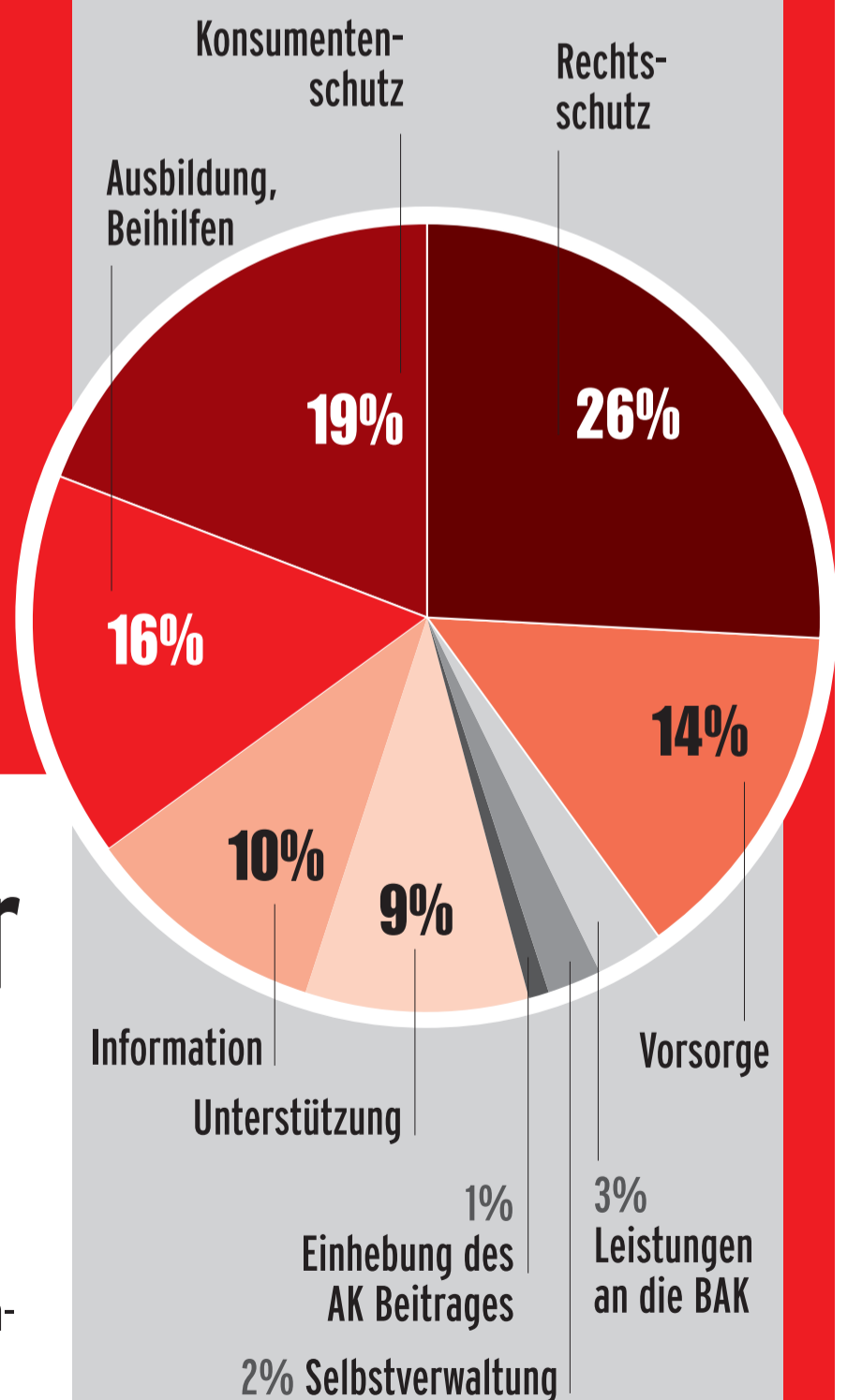
* Der durchschnittliche Mitgliedsbeitrag beträgt netto weniger als 7 Euro im Monat, der Höchstbeitrag netto 14,44 Euro im Monat.

AK Tirol Beiträge

2016

38.150.300 €

Diese wurden eingesetzt für:



€ für die AK Mitglieder

24,85

Sozialgerichtsverfahren

5,62

Arbeitsrecht

3,55

Insolvenzrecht

3,18

Steuern

1,82

Konsumentenschutz

INFOS VERFALLSFRISTEN

Gut zu wissen. Kurze Verfallsfristen haben für Beschäftigte fatale Folgen – sie verlieren viel Geld für bereits erbrachte Arbeit.

Reagieren oder Geld verlieren!

Nicht bezahlte Ansprüche wie Lohn, Gehalt oder Überstunden verjähren grundsätzlich nach drei Jahren. ABER: Viele Kollektiv- oder Arbeitsverträge sehen vor, dass arbeitsrechtliche Ansprüche rasch verfallen. Das kann Beschäftigte viel Geld kosten, weil sie ihre offenen Ansprüche - etwa Überstunden - nur für den kurzen Zeitraum in-

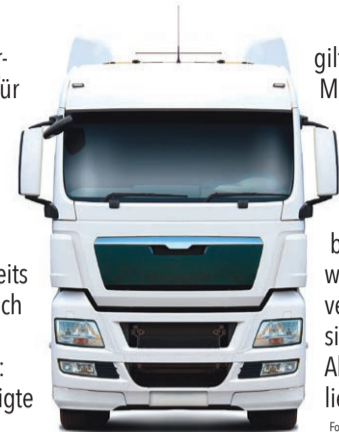


nerhalb der Verfallsfrist gegenüber dem Arbeitgeber geltend machen oder sogar einklagen müssen. Versäumen Sie diese Fristen, sind Ihre Ansprüche erloschen. Bisweilen betragen diese Fristen nur drei Monate. Und Achtung: Viele Verfalls-Fristen gelten auch, wenn ein Arbeitsverhältnis beendet ist. Also genau prüfen, ob alles bezahlt wurde.

Foto: Zerbor/Fotolia.com

Gastgewerbe & Kraftfahrer

Besonders kurze Verfallsfristen gelten für Arbeiter im Güterbeförderungs- und im Kleintransportgewerbe: Die Ansprüche verfallen nach diesen Kollektivverträgen bereits nach drei Monaten. Auch im Gastgewerbe sollte man schnell reagieren: Für Tourismusbeschäftigte



gilt eine Verfallsfrist von nur vier Monaten. Das heißt, dass alle offenen Forderungen wie etwa Überstunden oder Zuschläge innerhalb dieser kurzen Zeit beim Arbeitgeber schriftlich geltend gemacht werden müssen. Wer diese Frist versäumt, dessen Ansprüche sind erloschen. Der AK Tipp: Abrechnungen immer kontrollieren und rasch reagieren.

Foto: andrew7726/Fotolia.com

Gratis Überstunden gemacht!

Frist versäumt. Sabine war Kellnerin. Sie wollte keinen Streit mit ihrem Chef und pochte deshalb nicht auf die korrekte Bezahlung ihrer Überstunden. Ein Fehler, wie sich herausstellte. Ihre Ansprüche waren verfallen.

Sabine war schon die zweite Saison beim gleichen Betrieb Kellnerin. Die Arbeit gefiel ihr. Zu Beginn wurden ihre Überstunden noch korrekt abgerechnet, doch dann wurde es immer schwieriger. Sie führte zwar genaue Arbeitsaufzeichnungen, aber mal bekam sie viel weniger Überstunden als geleistet, mal gar keine bezahlt. Sabine wollte nicht streiten, auch aus Angst um ihren Job. Aber als sie dann doch ein Angebot für einen Ganzjahresjob erhielt, kündigte sie ihre Arbeitsstelle und verlangte alle ihre noch offenen Überstunden, auch die von der letzten Saison. Ihr Chef weigerte sich, einen Teil der Stunden zu bezahlen. Das wollte sich Sabine nicht gefallen lassen und wandte sich an die AK.

Dort musste sie erfahren, dass im Gastgewerbe Ansprüche binnen vier Monaten ab Durchführung der entsprechenden Lohnabrechnung bzw. binnen vier Monaten ab Beendigung des Dienstverhältnisses bei sonstigem Verfall schriftlich gegenüber dem Dienstgeber geltend zu machen sind. Unterbleibt dies, sind diese Ansprüche verloren. Für Sabine eine bittere Erfahrung. Das hieß für sie, dass sie zwar alle von ihr säuberlich und akribisch samt Begründung notierten Überstunden der letzten vier Monate vor ihrer Kündigung ausbezahlt erhielt, nicht jedoch jene davor.

Verfallsklauseln. Verfallsklauseln in Arbeits- oder Kollektivverträgen (KV) zielen darauf ab, die gesetzliche Verjährungsfrist von drei Jahren deutlich zu verkürzen (siehe oben). So kommt es häufig vor, dass geleistete, aber nicht bezahlte Überstunden nach dem Ablauf von nur wenigen Monaten nicht mehr eingefordert bzw. eingeklagt werden können. Lesen Sie in dem auf Ihr Arbeitsverhältnis anzuwendenden Kollektivvertrag nach und fordern Sie offene Ansprüche mittels eingeschriebenem Brief rechtzeitig ein! Allerdings beginnen Verfallsfristen oftmals erst dann zu laufen, wenn dem Arbeitnehmer Lohnzettel zur Verfügung gestellt worden sind.

Angst um Job. Vielen Arbeitnehmern ergeht es so wie Sabine. Sie wagen keine Auseinandersetzung um unbezahlte Überstunden, weil sie Angst haben, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Wenn die Fristen versäumt werden, bedeutet das, dass die Überstunden oft viele Monate gratis gemacht wurden.

Abschaffung kurzer Fristen. Die AK fordert seit Jahren die Abschaffung dieser kurzen Verfallsfristen. Damit würde die im Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch festgesetzte dreijährige Verjährungs-

frist gelten. Zumindest konnte die AK erreichen, dass Arbeitnehmer informiert werden müssen, wenn es bei einer Betriebsprüfung durch die Finanzamt zu einer Strafanzeige wegen Unterentlohnung gegen ihre Firma kommt. Unterentlohnung wurde nach dem Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz unter Strafe gestellt. Das gilt auch für Überstunden, Zulagen, Zuschläge Sonderzahlung, Urlaubs- oder Krankengeld.

Die Verfolgungsfrist wurde auf 3 Jahre verlängert. In vielen Fällen kann aber die Unterentlohnung nicht so lange zu-

rückverfolgt werden, weil die Ansprüche aufgrund kurzer Fristen bereits verfallen sind. Und das steht nach einem von der AK Oberösterreich in Auftrag gegebenen Rechtsgutachten im Widerspruch zur abschreckenden Wirkung des Gesetzes. Dieses Gutachten kommt zum Schluss, dass kurze Verfallsfristen zumindest sittenwidrig sind. Die AK

wird weiter dranbleiben und für die Abschaffung der Verfallsfristen kämpfen.

Nützlicher AK Tipp. Aus Beweisgründen immer selbst täglich minutengenaue Aufzeichnungen führen, wann und wie lange gearbeitet wurde, samt Arbeitspausen und Begründung der jeweiligen Mehr- oder Überstunden. Listen für Arbeitszeitaufzeichnungen gibts unter aktirol.com



Foto: 5secom/Fotolia.com

Jobben, aber ohne Panik!

Arbeiten in den Ferien. Viele Jugendliche arbeiten, um ihr erstes eigenes Geld zu verdienen. Was dabei zu beachten ist und was du wissen musst, sagt dir deine AK.

Mit Vollendung der Schulpflicht und des 15. Lebensjahres darf jeder Jugendliche einem Ferialjob nachgehen. Dabei gelten die üblichen arbeitsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere der Kollektivvertrag. Dieser enthält Regelungen deiner Tätigkeit, z. B. deine Arbeitszeit und deine Lohnansprüche.

Die Frage nach dem Lohn ist für viele die interessanteste: Der Ferienjob muss mindestens nach Kollektivvertrag bezahlt werden. Gibt es keinen, muss angemessen bezahlt werden. 950 bis 1.200 Euro brutto pro Monat sollte die Arbeit auf jeden Fall bringen. Zusätzlich

zum regulären Lohn kommen meistens noch Anteile von Weihnachts- und Urlaubsgeld. Vorab die Details klären: Jugendliche unter 18 dürfen höchstens acht Stunden täglich (mit Pause) und 40 Stunden wöchentlich arbeiten. Selbst wenn nur für ein paar Wochen gearbeitet wird, gibts einen anteiligen Urlaubsanspruch, je nach geleisteter Dienstzeit. Nach einem Monat sind das etwa zwei



Foto: Ujpro Smokovski/Fotolia.com

Tage. Wer die bezahlte Freizeit nicht konsumiert, kriegt am Ende Bares in Form der Urlaubersatzleistung. Der Arbeitgeber muss Ferialjobber bei der Krankenkasse anmelden. Durch eine Kopie ist man bei Arbeitsunfall oder Krankheit abgesichert. Ein Gehaltszettel ist Pflicht! Ein Check, ob alles abgerechnet wurde, kann nie schaden. Bei Unklarheiten ist Nachfragen ein Muss. Wenn zustehendes Entgelt nicht ausbezahlt wurde, den Arbeitgeber sofort per Einschreiben zur Nachzahlung auffordern.

Wer zu lange wartet, kann aufgrund von Verfallsbestimmungen Geld verlieren!

Zudem sollte man aufs Kleingedruckte achten: Dort sind mitunter Verzichtserklärungen zu finden. Wer voreilig unterschreibt, könnte z. B. um das Geld für Überstunden umfallen. Also besser vorher die Experten fragen!

Hotline

Bei Unklarheiten kannst du dich an die Experten der AK Jugendabteilung unter der Hotline 0800/22 55 22 - 1566 wenden. Viele Infos gibts auch auf ak-tirol.com.

FACTS FERIALARBEIT

Familienbeihilfe und Steuertipp

Grundsätzlich gilt, dass Jugendliche unter 18 Jahren ganzjährig beliebig viel verdienen können, ohne dass den Eltern bei der Familienbeihilfe Einbußen drohen. Über 18-Jährige dürfen bis maximal 13.736 Euro brutto (13 + 14 Monatsgehalt inkl.) verdienen, das ergibt 10.000 Euro netto. Fallen keine Sonderzahlungen an, darf der Betrag 11.774 Euro nicht überschreiten, ansonsten wird die Familienbeihilfe gestrichen bzw. ist zurückzahlen!

Wer pro Jahr weniger als 12.000 Euro verdient, ist nicht lohnsteuerpflichtig. Wurde dennoch Lohnsteuer abgezogen, können sich Ferialarbeiter diese mit dem Lohnsteuerausgleich zurückholen.

Ferienlust statt Reiseblues

Ab in den Urlaub. Vom Buchen der Reise übers Zahlen und Geldbeheben mit Bankomat- oder Kreditkarte in und außerhalb des Euro-Raumes bis hin zu den Souvenirs: Wer die aktuellen Tipps der AK Experten beherzigt, kann sich Geld und Ärger sparen.

Endlich Sommer! Viele Arbeitnehmerfamilien starten demnächst in ihren wohlverdienten Urlaub. Egal, ob Sie individuell verreisen, sich im Reisebüro ein Paket schnüren lassen oder aber auf Online setzen: Damit Sie die schönste Zeit im Jahr in bester Erinnerung behalten, gibts hier aktuelle Tipps der AK Reiseexperten.

Reisebüro. Klären Sie ab, ob es sich beim Angebot um eine Pauschalreise handelt. Denn wenn Hotel, Flug etc. einzeln gebucht werden, haftet jedes Unternehmen nur für seine Leistung. Nur bei Pauschalreisen ist eine umfassende Insolvenzabsicherung gegeben.

Buchen im Netz. Wer online buchen möchte, sollte Angebote auf mehreren Portalen vergleichen. Eine Erhebung des Testmagazins „Konsument“ ergab Preisdifferenzen im dreistelligen Bereich!

Prüfen Sie vor dem Abschluss Ihre Angaben! Eingabefehler verursachen oft zusätzliche Kosten, und wenn die Daten nicht mit jenen im Reisepass übereinstimmen, kann die Airline die Beförderung verweigern. Kontrollieren Sie auch alle Infos zum Reiseveranstalter und ob er eine Insolvenzabsicherung hat. Gleich nach der Buchung

müssen Sie eine schriftliche Bestätigung erhalten.

Achtung: Bei Reisebuchungen gilt das sonst für Online-Verträge übliche zweiwöchige Rücktrittsrecht nicht!

Apropos Storno. Wenn man die Reise nicht antreten kann oder will, werden Stornogebühren fällig. Je kurzfristiger die Absage, desto höher fallen sie aus und können bis zu 100 % betragen. Eine Stornoversicherung gilt nur für bestimmte Fälle, wie plötzliche Erkrankung. Keine Stornogebühren dürfen verrechnet werden, wenn sich nach dem Buchen wesentliche Umstände ändern, etwa durch Terrordrohung oder Naturkatastrophen, oder wenn das Reiseunternehmen die Leistung einseitig erheblich ändert. Hier kön-

nen Reisende Preisminderung und Schadenersatz fordern.

Schnäppchen? Immer wieder entpuppen sich vermeintliche Billigangebote für Flüge oder Hotelbuchungen im Internet als „Error Fares“ – als fehlerhafte Preisauszeichnungen. Hier gilt: Kann ein Kunde ziemlich sicher davon ausgehen, dass beim Preis ein Fehler passiert ist und z. B. eine Null vergessen wurde, sollte er die Finger davon lassen, denn die Fluglinie kann den Transport verweigern.

Plastik & Spesen.

Innerhalb der Eurozone fallen bei der Bargeldbehebung mit der Kreditkarte Spesen an. Bei Bargeldbehebung mit der Bankomatkarte dürfen maximal die Spesen verrechnet werden, die bei der Be-

hebung im Inland anfallen. (Die AK ist der Ansicht, dass Konsumenten die Gebühr aufgrund einer EU-Verordnung nicht zahlen müssten. Zwei Klagen laufen, Anm.). Außerhalb der Eurozone werden aber grundsätzlich für alle Transaktionen Spesen in unterschiedlicher Höhe verrechnet.

Bei Kreditkartenzahlungen kann aufgrund von Wechselkursschwankungen die tatsächliche Belastung von der ursprünglich angenommenen abweichen, da die Umrechnung zum Kurs des Tages erfolgt, an dem der Umsatz bei der Kreditkartengesellschaft zur Verrechnung eintrifft (Buchungsdatum).

Souvenirs. Allgemein dürfen Waren bis zu einem Gesamtwert von 430 Euro bei Flugreisen oder 300 Euro bei allen anderen Reisen eingeführt werden (von Personen unter 15 Jahren bis 150 Euro).

Achtung, Fälschung. Prinzipiell drohen bei der Einfuhr von nachgemachten Markenwaren, wie Uhren oder Designer-Taschen, Beschlagnahme durch den Zoll, Verwaltungsstrafen und Schadenersatzzahlungen.

Weitere Tipps auf www.ak-tirol.com sowie auf bmf.gv.at

ROAMING Telefonieren und Surfen im Urlaub

Seit 15. Juni 2017 dürfen im EU-Ausland keine Roamingzuschläge für Telefonieren, Surfen oder SMS berechnet werden. Doch es gibt Ausnahmen.

Freiheiten werden beim Roaming auch im EU-Ausland von der Pauschale abgezogen.

Roamingzuschläge können anfallen

- bei **überwiegendem Aufenthalt im EU-Ausland:** Wer über einen Zeitraum von mindestens vier Monaten überwiegend Roaming nutzt, von dem kann der Nachweis einer Bindung an ein „Heimatnetz“ verlangt werden („Fair Use“-Prinzip). Der Anbieter muss über allfällige Beschränkungen jedenfalls informieren.
- **ab gewissem Datenverbrauch:** Bei Tarifen mit unlimitiertem (auch gedrosseltem) Datenvolumen und solchen, die in der Pauschale enthaltenen Gigabytes günstiger sind als der Anbieter-Großhandelspreis. Der Anbieter informiert, wie viel Datenvolumen im Ausland aufschlagsfrei genutzt werden darf, und sobald es ausgeschöpft ist.

Achtung: Auf Schiffen und in Flugzeugen mit eigenen Bordnetzen gilt die Roaming-Verordnung nicht.

Details auf www.ak-tirol.com



Foto: Zarya Matini/Fotolia.com



IMPRESSUM

AK TIROLER ARBEITERZEITUNG - AK AKTUELL

Zeitung für Arbeit und Konsumentenschutz der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol

Medieninhaber und Herausgeber:

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol, 6020 Innsbruck, Maximilianstraße 7

Redaktion: Dr. Elmar Schiffkorn, Mag. Christine Mandl, Gertraud Walch, Mag. Henrik Eder, Armin Muigg

Fotos: AK, www.fotolia.com

Druck: Intergraphik GmbH, 6020 Innsbruck, Ing. Etzelstraße 30

Die von der AK Tirol angebotenen Leistungen kommen ausschließlich ihren Mitgliedern zugute. Soweit personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise.

KURZ & BÜNDIG Gut informiert in den Urlaub

Alle Beschäftigten haben Anspruch auf fünf Wochen bezahlten Urlaub, auch bei Teilzeit- oder geringfügiger Arbeit. Spätestens nach 25 Dienstjahren in einem Unternehmen gibt es sechs Wochen. Die AK fordert, dass dies nach 25 Dienstjahren allen zusteht. In den ersten sechs Monaten des ersten Arbeitsjahres gibt es Urlaub anteilmäßig zur geleisteten Dienstzeit. Pro Monat kommen etwa 2 bis 2,5 Urlaubstage hinzu. Nach dem 6. Monate gibt es den vollen Jahresurlaub. Urlaub muss zwischen Arbeitnehmer und Chef vereinbart werden. So wie ein Arbeitgeber Urlaubswünsche nicht genehmigen muss, kann er Beschäftigte nicht zwangsweise in Urlaub schicken.

Urlaub verjährt zwei Jahre nach dem Ende jenes Jahres, in dem er entstanden ist. Eine Mutter- oder Väterkarenz unterbricht diese Frist.

Auch Krankheit unterbricht den Urlaub, wenn sie länger als drei Tage dauert. Wichtig: Firma sofort verständigen und bei Dienstantritt Krankenstandsbestätigung vorlegen!

Ein Rücktritt vom Urlaub ist für Beschäftigte nur bei wichtigen Gründen möglich, etwa wegen Erkrankung. Auch der Betrieb kann ihn nur aus schwerwiegenden Gründen wie einem Betriebsnotstand streichen, muss den Beschäftigten aber alle bereits entstandenen Kosten ersetzen.

AK REISEBROSCHÜRE Die besten Tipps für unterwegs



Foto: sambarini/Fotolia.com

Das Reiseziel steht fest? Und Sie sind in Gedanken schon beim Kofferpacken? Dann vergessen Sie nicht auf die druckfrische AK Broschüre „Tipps für einen unbeschwerten Urlaub“, mit der Sie auch für unliebsame Überraschungen gut vorbereitet sind.

Unter dem Motto „Handlich, praktisch, gut“ enthält sie Infos zu Ihren Rechten als Konsument, etwa zu Zahlungsmitteln, Handy- und Internet-Benützung im Ausland, Mietwagen oder was bei Reisemängeln bzw. Reklamationen zu tun ist. Außerdem finden Sie hier wichtige arbeitsrechtliche Bestimmungen.

Gleich anfordern unter 0800/22 55 22 - 1836 oder herunterladen auf ak-tirol.com

DIE BESTEN PROJEKTE

Mit Kreativität und Weitblick

Unter den zahlreichen Einreichungen wählte ein Jury die besten 10 Projekte aus:

Tiroler Fachberufsschule Lienz:

Im Herzen die Natur – Schüler haben es sich zur Aufgabe gemacht, den Mitschülern den Nationalpark Hohe Tauern näher zu bringen

Tiroler Fachberufsschule für Garten, Raum und Mode: Kunstwerke, auf denen man gehen kann – das Projekt soll den Lehrberuf des Bodenlegers erklären

Tiroler Fachberufsschule für Holztechnik: Es wurde ein multifunktionaler Schleif- und Arbeitstisch geschaffen, an dem zwei Lehrlinge gleichzeitig arbeiten können

Tiroler Fachberufsschule für Handel und Büro Innsbruck:

Christkindlmarkt in der Schule

Tiroler Fachberufsschule Lienz:

Gemeinsam kreativ – Schüler gestalten eine eigene Lehrlingsbibel

Tiroler Fachberufsschule für Handel und Büro Kitzbühel:

Das Projekt zeigt, wie wichtig die Lehre für unsere Gesellschaft ist

Tiroler Fachberufsschule für Elektrotechnik, Kommunikation und Elektronik:

Das automatisierte Haus

Tiroler Fachberufsschule für Bautechnik und Malerei:

Ganggestaltung NMS Absam

Tiroler Fachberufsschule für Tourismus und Handel Landeck:

Anti-Littering – Schüler arbeiten das Thema Müll auf

Tiroler Fachberufsschule für Handel und Büro Reutte:

Ausserferner Simit – Entwicklung eines regionalen Lebensmittelprodukts

Sie alle sind Sieger!

AK Lehrlingswettbewerb 2017. Bei einer großen Gala im Landhaus wurden aus den zehn besten Projekten drei Sieger gekürt.



Sieger. Landesrätin Dr. Palfrader und AK Präsident Zangerl mit den Top Ten des AK Lehrlingswettbewerbs. Gold gab's für die Mädchen der TFBS Lienz, die Bodenleger der TFBS für Garten, Raum und Mode und die Tischler der TFBS für Holztechnik.

Was für ein toller Abend! Vom genialen Arbeitstisch „Bison“, der mit viel Witz präsentiert wurde, bis zum geschmackigen Außerferner Germteig-Ring; vom Sketch zur Entstehung der Lehrlingsbibel bis zum Video, in dem junge Maler der NMS Absam eine sportliche Wandgestaltung verpassten: Zehn Teams hatten beim AK Lehrlingswettbewerb das Finale erreicht (siehe links). Bei der Gala am 8. Juni im Landhaus in Innsbruck wurden die besten Drei

gekürt. Und die Abendjury hatte es nicht leicht. Denn die Lehrlinge präsentierten ihre Projekte mit vollem Einsatz und faszinierten das Publikum, allen voran AK Präsident Erwin Zangerl, mit Kreativität und Begeisterung.

Als Sieger kürten Landesrätin Dr. Beate Palfrader, Landesschulinspektor und Lehrlingskoordinator Roland Teißl, Lehrling des Jahres Florian Triendl und Klaus Purner (AK Tirol) die TFBS Lienz mit „Im Herzen die Natur“, die Bodenleger von der TFBS für

Garten, Raum und Mode mit ihren „Kunstwerken, auf denen man gehen kann“ und die Tischler von der TFBS für Holztechnik mit ihrem Arbeitstisch „Bison“. AK Präsident Zangerl und Landesrätin Dr. Palfrader überreichten die Preise. Sieger waren sie alle: Für die Lehrlinge der drei erstplatzierten Teams gab es je 180 Euro, für alle anderen je 50 Euro. Alle erhielten Tickets für das Lena-Konzert.

Mehr auf facebook: *Arbeiterkammer Tirol und ak-tirol.com*



AKTUELLE SEMINARE

Matura am BFI Tirol
Start von Tages- und Abendkursen im Herbst 2017

Buchhaltung Grundlagen
Start am 4. September 2017

Ausbildung zur Sicherheitsfachkraft
Start am 2. Oktober 2017

Werkmeister Elektrotechnik 1. Semester
Start am 11. September 2017

Dipl. Gesundheits- und Fitnesstrainer/-in
Start am 6. Oktober 2017

Case Management Diplomlehrgang
Start am 19. Oktober 2017

ECDL - Europäischer Computer Führerschein - Vormittagskurs
Start am 17. Juli 2017

Computer im Berufsalltag
Start am 31. Juli 2017

Zertifikatslehrgänge für Trainer
Deutsch als Fremd-/Zweitsprache und Intercultural Trainer
Start jeweils im September 2017

www.bfi.tirol

AK FRAKTIONEN ZUM THEMA

WIE WICHTIG IST DIE LEHRE?

Erwin Zangerl, AK Präsident

Für mehr Qualität und Transparenz

Liste Erwin Zangerl, AAB-FCG



Die Lehre ist unverändert eine zentrale Größe in der Ausbildung junger Menschen. Sie stellt daher für sehr viele Berufswege den idealen Grundstock dar, und die Lehre sorgt für eine niedrige Jugendarbeitslosigkeit. Dennoch gehen die Lehrlingszahlen zurück. Immer weniger Schulabgänger wählen diesen Weg. Unter den Optionen „Geld verdienen“ und „mehr Bildung bekommen“ entscheiden sich immer mehr Jugendliche für die zweite Variante. Dem muss die Lehre Rechnung tragen und Bildungselemente verstärken: Lernzielvereinbarung, Ausbildungsbeurteilung usw. dürfen in der betrieblichen Lehre keine Fremdwörter sein. Nur so kann sie sich im Wettbewerb der Bildungswege behaupten und jene Fachkräfte hervorbringen, die wir alle dringend brauchen. Die Lehrlinge selbst können nur so gut sein, wie die Betriebe, die sie ausbilden. Leider besteht ein Fünftel der Lehrlinge die Lehrabschlussprüfung nicht beim ersten Mal. Zu kritisieren ist in diesem Zusammenhang die Situation am Ausbildungsort, die Qualität der praktischen Ausbildung aber auch teilweise fragwürdigen Härten bei der Abschlussprüfung. Hier sind mehr Qualität und Transparenz dringend nötig.

Dennoch gehen die Lehrlingszahlen zurück. Immer weniger Schulabgänger wählen diesen Weg. Unter den Optionen „Geld verdienen“ und „mehr Bildung bekommen“ entscheiden sich immer mehr Jugendliche für die zweite Variante. Dem muss die Lehre Rechnung tragen und Bildungselemente verstärken: Lernzielvereinbarung, Ausbildungsbeurteilung usw. dürfen in der betrieblichen Lehre keine Fremdwörter sein. Nur so kann sie sich im Wettbewerb der Bildungswege behaupten und jene Fachkräfte hervorbringen, die wir alle dringend brauchen. Die Lehrlinge selbst können nur so gut sein, wie die Betriebe, die sie ausbilden. Leider besteht ein Fünftel der Lehrlinge die Lehrabschlussprüfung nicht beim ersten Mal. Zu kritisieren ist in diesem Zusammenhang die Situation am Ausbildungsort, die Qualität der praktischen Ausbildung aber auch teilweise fragwürdigen Härten bei der Abschlussprüfung. Hier sind mehr Qualität und Transparenz dringend nötig.

Christian Hauser, Fraktionsvorsitzender

Image muss aufpoliert werden

Sozialdemokratische GewerkschafterInnen



Den ca. 37.000 Studierenden in Tirol stehen ca. 12.500 Lehrlinge gegenüber. Der sogenannte „Fachkräftemangel“ ist zu einem Gutteil hausgemacht: das Image der Lehre muss aufpoliert, die Rahmenbedingungen müssen verbessert werden, um den Stellenwert der Lehrlingsausbildung anzuheben. Um dies gewährleisten zu können, benötigt es Änderungen. Die gegenseitige Anrechenbarkeit von dualer Lehr- und berufsbildender Schulbildung muss verbessert werden. Initiativen wie „Lehre mit Matura“ müssen weiter forciert werden, damit die Bildung auch nach dem Lehrabschluss weitergehen kann. Die Einführung einer Fachkräftemilliarde muss kommen. In der Lehrausbildung ist es unabdingbar, dass Qualität und die Rahmenbedingungen erhöht werden – denn damit steigt auch der gesellschaftliche Stellenwert der Lehre. Die Lehre ist ein wichtiger Bestandteil unseres alltäglichen Arbeitslebens, das dementsprechend ausgebaut und angepasst werden muss, damit junge Menschen ihren Wunschberuf erlernen können. Dafür kämpft die FSG – die für eine ganz klare Aufwertung der Lehre eintritt!

Den ca. 37.000 Studierenden in Tirol stehen ca. 12.500 Lehrlinge gegenüber. Der sogenannte „Fachkräftemangel“ ist zu einem Gutteil hausgemacht: das Image der Lehre muss aufpoliert, die Rahmenbedingungen müssen verbessert werden, um den Stellenwert der Lehrlingsausbildung anzuheben. Um dies gewährleisten zu können, benötigt es Änderungen. Die gegenseitige Anrechenbarkeit von dualer Lehr- und berufsbildender Schulbildung muss verbessert werden. Initiativen wie „Lehre mit Matura“ müssen weiter forciert werden, damit die Bildung auch nach dem Lehrabschluss weitergehen kann. Die Einführung einer Fachkräftemilliarde muss kommen. In der Lehrausbildung ist es unabdingbar, dass Qualität und die Rahmenbedingungen erhöht werden – denn damit steigt auch der gesellschaftliche Stellenwert der Lehre. Die Lehre ist ein wichtiger Bestandteil unseres alltäglichen Arbeitslebens, das dementsprechend ausgebaut und angepasst werden muss, damit junge Menschen ihren Wunschberuf erlernen können. Dafür kämpft die FSG – die für eine ganz klare Aufwertung der Lehre eintritt!

Helmut Deutinger, Fraktionsvorsitzender

Damit Lehre Zukunft hat

Grüne in der AK



Das österreichische System der Lehrausbildung gilt weltweit als vorbildhaft. Es gibt unzählige Beispiele, die zeigen, dass Menschen mit einer österreichischen Lehre im In- und Ausland Karriere gemacht haben. Oft lässt sich heutzutage mit einem Lehrabschluss mehr verdienen als mit einem abgeschlossenen Studium.

Das österreichische System der Lehrausbildung gilt weltweit als vorbildhaft. Es gibt unzählige Beispiele, die zeigen, dass Menschen mit einer österreichischen Lehre im In- und Ausland Karriere gemacht haben. Oft lässt sich heutzutage mit einem Lehrabschluss mehr verdienen als mit einem abgeschlossenen Studium. Leider sind die Lehrlingsentschädigungen gerade in jenen Berufen mit einem hohen weiblichen Anteil unverhältnismäßig niedrig, was sich dann in der Regel im Erwerbsleben fortsetzt. Die Leistungen in der Lehrzeit müssen also finanziell besser abgegolten werden und die Unterschiede zwischen den einzelnen Lehrberufen verringert werden. Derzeit kann mit einem relativ geringen Aufwand die Berechtigung zum Lehrlingsausbildner erworben werden. Da viele Lehren ja nicht wegen der Arbeit an sich, sondern wegen der handelnden Personen abgebrochen werden, könnte mit einem besseren und umfangreicheren Schulungsangebot sicher einiges verhindert werden. Lehrjahre sind keine Herrenjahre, aber es braucht eine faire Bezahlung und einen menschlichen Umgang.

Franz Ebster, Fraktionsobmann

Gute Ausbildung ist der Schlüssel

Freiheitliche Arbeitnehmer in der AK



Gut ausgebildete Fachkräfte sind ein Faktor, um Erfolg zu haben – so sehen es die meisten Unternehmen. Dass immer weniger Ausbildungsstellen zur Verfügung stehen, kann bei der Erkenntnis Fachkräfte/Faktor/Erfolg nur zur Frage führen: „Wie können wir Betriebe dazu bringen, wieder mehr Lehrlinge auszubilden, und welche Motivation bringt Jugendliche dazu, sich um eine Lehrstelle zu bemühen?“ Unsere Antwort: Prüfung und Entrümpelung der Bestimmungen und überbordenden Bürokratie in der Lehrlingsausbildung durch die Sozialpartner. Der Imageverlust, den die Lehre bei Jugendlichen und in der Gesellschaft in den letzten Jahren erlitten hat, wird nur durch konsequentes Handeln aller Beteiligten rückgängig gemacht. Betriebe müssen verstärkt die Jugendlichen erreichen, sei es durch Ausweitung der Schnupperlehre, Aufzeigen von Karrierechancen und Verdienstmöglichkeiten in den Schulen. Die Lehre mit Matura als Alternative, Praxiserfahrung und AHS-Bildung gehören mehr beworben. Wir können viel tun, um der Lehre eine gute Zukunft zu ermöglichen. Tun wir es einfach.

Gut ausgebildete Fachkräfte sind ein Faktor, um Erfolg zu haben – so sehen es die meisten Unternehmen. Dass immer weniger Ausbildungsstellen zur Verfügung stehen, kann bei der Erkenntnis Fachkräfte/Faktor/Erfolg nur zur Frage führen: „Wie können wir Betriebe dazu bringen, wieder mehr Lehrlinge auszubilden, und welche Motivation bringt Jugendliche dazu, sich um eine Lehrstelle zu bemühen?“ Unsere Antwort: Prüfung und Entrümpelung der Bestimmungen und überbordenden Bürokratie in der Lehrlingsausbildung durch die Sozialpartner. Der Imageverlust, den die Lehre bei Jugendlichen und in der Gesellschaft in den letzten Jahren erlitten hat, wird nur durch konsequentes Handeln aller Beteiligten rückgängig gemacht. Betriebe müssen verstärkt die Jugendlichen erreichen, sei es durch Ausweitung der Schnupperlehre, Aufzeigen von Karrierechancen und Verdienstmöglichkeiten in den Schulen. Die Lehre mit Matura als Alternative, Praxiserfahrung und AHS-Bildung gehören mehr beworben. Wir können viel tun, um der Lehre eine gute Zukunft zu ermöglichen. Tun wir es einfach.

6,4 Millionen Euro für Nachhilfe

AK Studie. 15 % der Tiroler Schüler erhalten Nachhilfe, jeder fünfte bräuchte sie. Wo es Nachmittagsbetreuung oder Förderunterricht gibt, sinkt der Bedarf drastisch. Die AK Tirol fordert den Ausbau solcher Angebote.

Das Thema Nachhilfe bleibt ein heißes Eisen. Rund 13.000 der 85.000 Tiroler Schülerinnen und Schüler (15 %) erhielten im laufenden Schuljahr oder in den letzten Sommerferien externe Nachhilfe. Zählt man noch jene 4 Prozent hinzu, die Nachhilfe bräuchten, aber hauptsächlich aus Kostengründen nicht bekommen, hat jeder fünfte Schüler Unterstützung nötig.

Bei 9.500 Kindern (11 %) mussten die Eltern für die außerschulische Förderung zahlen, bei 4 % war diese gratis. Unterm Strich haben sich die Ausgaben auf hohem Niveau eingependelt. Betroffene Eltern zahlen in Tirol heuer hochgerechnet 6,4 Millionen Euro, österreichweit sogar 100 Millionen Euro. – Soweit das Ergebnis der aktuellen AK Studie „Nachhilfe in Tirol 2017“.

„Der Anteil jener, die externe Nachhilfe erhalten, ist gegenüber den 16 % vom Vorjahr zwar leicht gesunken“, so AK Präsident Erwin Zangerl. „Andererseits müssen die Eltern aber immer mehr bezahlen.“ Für das Schuljahr stiegen die Kosten im Schnitt pro Kind von 620 Euro (2016) auf 680 Euro.

Positive Effekte. Die Studie zeigt aber auch, wie einfach der hohe Nachhilfebedarf reduziert werden kann: Durch mehr schulische Nachmittagsbetreuung und Förderunterricht, die sich nachweislich positiv auf die Lernerfolge auswirken.

- Können etwa Kinder und Jugendliche an ihrer Schule regelmäßigen Förderunterricht nutzen, brauchen nur 7 % bezahlte Nachhilfe.
 - Während bei Schulen ohne externe Nachmittagsbetreuung für 12 % der Schüler eine bezahlte Nachhilfe engagiert werden muss, ist dies nur noch bei 6 % jener nötig, die eine externe Nachmittagsbetreuung wie Hort oder Ganztagschule besuchen. Bei den Schülern mit anderer schulischer Nachmittagsbetreuung erhalten sogar nur 2 % bezahlte Nachhilfe!
- Und: Bei zwei Dritteln der Schüler mit externer Nachmittagsbetreuung sagen die Eltern, dass dort so vertiefend geübt wird, dass so gut wie keine zusätzliche Nachhilfe mehr nötig ist (s. Grafik unten).

AK Forderungen. „Diese Ergebnisse bestätigen unsere langjährigen Forderungen nach dem Ausbau solcher Angebote. Sie verhelfen Schülern zu Erfolgserlebnissen und ersparen den Familien Stress, Ärger und Kosten“,

betont AK Präsident Zangerl. „Außerdem braucht es eine neue Schulfinanzierung nach einem Chancenindex und damit mehr Mittel für Schulen mit vielen Kindern, die von den Eltern nicht beim Lernen unterstützt werden können.“

Mathe & Sprachen. Beim Nachhilfebedarf nach Unterrichtsfächern liegt Tirol im Österreich-Trend: 6 von 10 Schülern brauchen sie in Mathematik, 4 von 10 in einer Fremdsprache und ein Viertel in Deutsch.

Nach Schulformen. 3 % der Tiroler Volksschüler bekommen bezahlte Nachhilfe, 12 % der Schüler an Neuen Mittelschulen und 14 % in der AHS-Unterstufe. Mit 27 % am höchsten ist der Anteil in der AHS-Oberstufe. Eine Aufschlüsselung der Kosten nach Schultyp war auf Basis der österreichweiten Zahlen möglich: Mit durchschnittlich 750 Euro zahlen Eltern in der Volksschule gleich viel wie in der AHS-Oberstufe! 740 Euro kostet sie in BMS, 700 Euro in BHS, 670 Euro in der AHS-Unterstufe und 660 Euro in der Neuen Mittelschule.

Nur für „andere Schulformen“ war sie mit 950 Euro teurer (siehe Grafik unten).

Was Eltern sagen. Folgende Maßnahmen könnten aus Sicht der Familien den Nachhilfebedarf und damit die finanziellen Belastungen reduzieren:

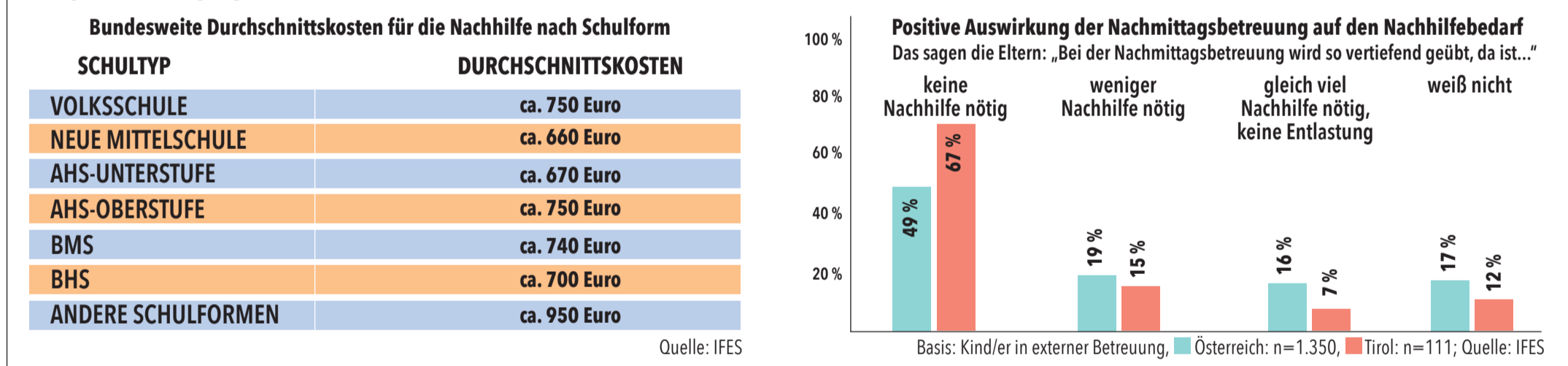
- 95 % sagen, der Unterricht müsste so gestaltet werden, dass die Kinder den Lehrstoff wirklich verstehen.
- 89 % möchten kostenlose Nachhilfeangebote an den Schulen,
- je 85 % Klassenteilung in einzelnen Fächern bzw. in der Schule mehr Zeit zum Üben,
- 74 % mehr Förderunterricht,
- 71 % eine schulische Nachmittagsbetreuung mit individueller Förderung,

Zur Studie

Die AK Tirol beobachtet die Entwicklung des Nachhilfebedarfs seit 2008, seit 2010 im Rahmen der jährlichen Erhebungen. Für das aktuelle Nachhilfemonitoring führte das Institut für empirische Sozialforschung IFES im Auftrag der AK im März und im April 2017 telefonisch eine repräsentative Befragung bei bundesweit 3.435 Haushalten mit 5.683 Schülern durch und für Tirol bei 400 Haushalten mit 689 Schülern. Die gesamte Studie gibts auf www.ak-tirol.com



GRAFIK NACHHILFESTUDIE



INFOS AK KITZBÜHEL

Lernen leicht gemacht

Lernen ist für viele Menschen ein schwieriges Unterfangen. Du bist aber klüger, als du glaubst. Du musst nur wissen, wie du richtig lernst. Beim kostenlosen AK Infoabend „Lernen leicht gemacht“ am Dienstag, 27. Juni, um 19 Uhr in der Bezirkskammer Kitzbühel, Rennfeld 13, erfahren Schüler, Eltern, Studenten und Arbeitnehmer, wie es klappt. Dazu gibt es die besten Tipps nach den neuesten Erkenntnissen der Gehirnforschung – auch für die praktische Umsetzung. So fällt Lernen lernen leichter, für Schule, Beruf und Alltag. Anmeldung unbedingt erforderlich unter 0800/22 55 22 – 3252 oder kitzbuehel@ak-tirol.com

AK Sommerschule hilft

Keine Angst vor dem Nachzipf! Die AK Tirol bietet mit dem BFI Tirol im August tirolweit leistbare Kurse in sieben Hauptfächern an. Anmeldeschluss: 21. Juli.

Ein schlechtes Zeugnis ist kein Grund zum Verzweifeln! Denn die AK Tirol ermöglicht den Familien gemeinsam mit dem BFI Tirol als Bildungspartner wieder tirolweit kostengünstige und qualitativ hochwertige Nachhilfe im Rahmen der AK Sommerschule. „Damit unterstützen wir die Jugendlichen beim Bewältigen des Lehrstoffs und die Arbeitnehmerfamilien, die sich teure Nachhilfe sonst nicht leisten könnten“, betont AK Präsident Erwin Zangerl.



7 Hauptfächer. Der Unterricht findet von Mo. 7. August bis Fr. 1. September jeweils vormittags statt. Angeboten werden die Fächer Deutsch, Mathematik, Latein, Englisch, Französisch, Italienisch und Rechnungswesen. Anmeldeschluss ist am Freitag, 21. Juli.

Teilnehmen können Jugendliche ab der 5. Schulstufe – auch jene, die fürs neue Schuljahr ihre Noten verbessern möchten. Sie alle profitieren nicht nur von der Erfahrung der gut ausgebildeten Pädagogen, sondern auch vom Unterricht in Kleingruppen.

KURSORTE & ANMELDUNG

- BFI Tirol in Innsbruck,** Tel. 0512/59660-0
- BFI Imst,** Tel. 05412/63805
- BFI Landeck,** Tel. 05442/62829
- BFI Reutte,** Tel. 05672/72728
- BFI Schwaz,** Tel. 05242/66063
- BFI Kitzbühel,** Tel. 05356/63699
- BFI Kufstein,** Tel. 05372/61087
- BFI Lienz,** Tel. 04852/61292 – 23

Mitglieder der AK Tirol zahlen für ein Fach 195 Euro, zwei Fächer kosten 295 Euro (sonst 275 bzw. 395 Euro). Mindestteilnehmerzahl erforderlich. Weitere Informationen erhalten Sie auf www.ak-tirol.com

BEI SCHIEFLAGE AKTIVIEREN:

www.ak-tirol.com



Vom Arbeitsrecht bis zum Thema Wohnen, von Karenzfragen bis zu gerechten Preisen: Die AK Tirol ist für Sie da. Alles, was Arbeitnehmer brauchen, auf ak-tirol.com



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN



MIT DER
KRAFT VON
MEHR ALS
300.000